

Hochschulpolitik muß unter den vorhandenen politischen Begebenheiten drei große Ziele untereinander in Einklang bringen.

- Realisierung des Grundrechts auf Bildung, d. h. Bewältigung des Massenandrangs an den Universitäten;
- Aufrechterhaltung eines Ausbildungsstandards, der Studenten befähigt, den komplexeren Anforderungen der Berufswelt gerecht zu werden, gleichzeitig aber deren Voraussetzungen und Folgen zu erkennen;
- Abstimmung von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem

Hierzu sind folgende Überlegungen und Maßnahmen erforderlich:

- 1) Kurzfristige konservative Bildungspolitik versucht die Bildungsexpansion der letzten Jahre als grandiose Fehlinvestition darzustellen. Die geht nur, wenn man den durch die Bildungsmöglichkeiten für wenige hervorgerufenen Privilegien vergangener Jahre nachtrauert. Sozialdemokratische Bildungspolitik sieht in Bildungsmöglichkeiten für viele den Ausdruck der Chancengleichheit und den Ausdruck eines demokratischen Staates: nur auf Grundlage möglichst breit gestreuter Bildungsangebote können die demokratischen Teilhaberechte wahrgenommen werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist ein Abbau von Studienplätzen nicht zu rechtfertigen. Vielmehr müssen jetzt verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um die Massenprobleme der nächsten Jahre zu bewältigen, der Numerus clausus muß weitestgehend abgebaut werden.
- 2) Die Massenuniversität wird nicht das selbe sein können, wie die Universität der Privilegierten von gestern. Die darf aber nicht Niveauverlust bedeuten, weil unter demokratischen Gesichtspunkten und in Anbetracht der Komplizierung der technologischen Verhältnisse nur eine qualitativ hochstehende Ausbildung Stabilität garantieren kann. Die notwendige Durchforstung und Verkürzung von Studiengängen muß deshalb dort eine Grenze erhalten, wo eine qualifizierte Ausbildung nicht mehr gewährleistet werden kann. Die starre Festlegung von Regelstudienzeiten ist deshalb

abzulehnen, weil sie das Ausbildungsniveau gefährdet und auch unter fiskalischen Gesichtspunkten keine Entlastung bedeutet.

In gleicher Weise muß in den Universitäten ein Mindestmaß an freier, un gelenkter Forschung gewährleistet und mit den notwendigen Mitteln ausgestattet sein.

- 3) Die Universitäten werden in Zukunft verstärkt darauf Bedacht nehmen müssen, eine bessere Abstimmung mit dem Beschäftigungssystem herbeizuführen und nicht in Ausbildungsgänge zu investieren, für die erkennbar kein Bedarf auf dem Arbeitsmarkt besteht. Das bedeutet vor allem, daß die Auflösung der klassischen Berufsbilder Konsequenzen auf dem Ausbildungssektor haben muß: nicht der begrenzte Spezialist ist gefragt, sondern derjenige, der mit einer breiten Grundlagenausbildung Mobilität, Flexibilität und Kritikvermögen in den Arbeitsprozess einbringen kann.
- 4) Das Bildungswesen stellt in einem freiheitlichen Staat ein besonders empfindliches Teilsystem dar. Wer hier - wie die CDU - direkten Staatseingriff und direkte Staatsverwaltung fordert, der verlangt Bürokratisierung statt Selbstbestimmung.